Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureaux d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 3 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Neuheiten aus Japan und China,
beliebt zu **Geschenken** und sehr geschätzt.
Kl. Blumenvasen, à Paar M. 1,25, und vieles Andere.
Grösste Auswahl bei billigsten Preisen en gros wie detail, infolge directer Bezüge.
Kaufhaus 6 **R. Seelig,** Kaufhaus 6.
Einziges Import-Geschäft dieser Branche im Königreich Sachsen.

Krüger's
Schwimm- und Badeanstalt,
gegenüber dem Belvedere,
geöffnet von früh 5 Uhr bis zum Dunkelwerden.

Hauptstr. **Gersdorf & Pfeiffer** Hauptstr.
Dresden-Neustadt,
Ecke des Obergrabens.
Rouleaux-Leinen gestreift in allen vorkommenden Breiten.
Marquisen-Leinen in allen vorkommenden Breiten.
Prinzip: Schneller Umsatz bei geringem Nutzen und festen Preisen.

Nr. 155. Witterung vom 3. Juni: Barometer nach Oster Bisfold, Wallstraße 15 (Abds. 6 U.) 762 Mill., seit gestern 2 Mill. gefallen. Thermometergr. n. Reaum.: 17½° R., niedr. Temp. 11° R., höchste Temp. 26⅔° R. Nord-West-Wind. Wolkenlos. | Aussichten für den 4. Juni: Wenig Aenderung, fortdauernd Gewitterneigung. | **Sonnabend, 4. Juni.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Gleich dem Schwarme vierfleckiger Libellen, der vor Kurzem zu uns verschlagen wurde, sind die Reichstagsabgeordneten nunmehr davongeflogen. Wie jene zierlichen Wasserjungfrauen sind auch die etwas derberen alten Reichstagsherren etwas in den Sumpf gerathen. Wenigstens ist das Unfallversicherungsgesetz gründlich versumpft worden. Es müßte seltsam zugehen, wenn dasselbe überhaupt noch zu Stande käme. Die dritte Lesung müßte eine Anzahl bedenklicher Beschlüsse der zweiten umstoßen und durch hoffnungsreichere Gebilde ersetzen. Die ausschlaggebende Abstimmung fand über das Aufbringen der Versicherungsprämien für die Unfälle statt. Fürst Bismarck hat erklärt, daß, wenn nicht der Staat einen Theil der Beiträge aufbringe, dann das Gesetz für ihn werthlos sei. Gleichwohl lehnte der Reichstag mit erheblicher Mehrheit (185 gegen 139) jeglichen Staatszuschuß ab; vielmehr sollen nach seinem Beschlusse die Arbeitgeber ⅔, die Arbeiter ⅓ der Versicherungsprämie beitragen. Ein Staatszuschuß ist allerdings ein Schritt weiter auf dem Wege des Sozialismus und dieser erschreckt gar Viele. Es ist auch zuzugeben, daß es etwas Bedenkliches hat, wenn man z. B. den armen landwirthschaftlichen Tagelöhnern in Ostpreußen zumuthet, mittelst des Staatszuschusses, also durch ihre eigenen Steuern mit dazu beizutragen, daß die verhältnißmäßig nicht zu ungünstig, jedenfalls besser als sie selbst situirten Fabrikarbeiter bei Unfällen unterstützt werden, während sie in solchen Fällen keine Unterstützung erhalten. Endlich verhehlen wir uns vom spezifisch-sächsischen Standpunkte aus keineswegs die Folgen eines Staatszuschusses für unsere Staatsfinanzen. Ein so industriereiches Land, wie das Königreich Sachsen, stellt zu den Unglücksfällen erfahrungsgemäß ein ansehnliches Kontingent; allein schon beim Kohlenbergbau ist die große Schaar der Krüpel, Invaliden, Erschlagenen und Verbrannten, sowie ihrer Wittwen und Waisen eine der trübseligsten Begleite-Erscheinungen des modernen Gewerbebetriebs. Hat der Teufel sein Spiel, suchen Naturereignisse oder schwere Unglücksfälle die Fabriken, Bergwerke und Steinbrüche Sachsens heim, so kann die Staatskasse mit außergewöhnlichen Summen in Anspruch genommen werden. Aber trotzdem meinen wir: kommt eben nicht gerade hier die höhere sittliche Pflicht des christlichen Staats in Frage, daß die Allgemeinheit für die Armen und Elenden zu sorgen habe? Und wenn nicht hier, wo denn sonst? Eine Staatsunterstützung würde die Armenlast der Gemeinden erheblich entlasten. Manche kleineren Fabrikanten, die mit der Noth des Tages zu kämpfen, alle geistigen und körperlichen Kräfte anzustrengen haben, um sich über Wasser zu halten, denen die traurigen Kreditverhältnisse, die nur tropfenweise oder in langsichtigen Wechseln oder faulen Koupons eingehenden Zahlungen den Schlaf aus den Augen scheuchen, dieses Gros kleiner Fabrikanten wird gar nicht im Stande sein, die Prämiensätze in Höhe von ⅔ zu zahlen. Die edle Fortschrittspartei koquettirte wiederum mit den Sozialdemokraten, indem sie beantragte, daß die Fabrikanten ganz allein die Prämienzahlung leisten solle. Hier muß der Staat eingreifen. Ist das Sozialismus, nun wie nennt man denn die beabsichtigten Staatssubventionen für directe überseeische Dampferlinien nach Ostasien und Ozeanien? Trägt hierzu nicht etwa auch die arme Klöpplerin im Erzgebirge, die bei ihrem hochverzollten Petroleum sich die Augen rotharbeitet, mit bei? Und bei diesem, ganz gewiß löblichen, Unternehmen schöpfen doch die reichen Hamburger Schifferheder, darunter der von der Samoavorlage her bekannte Herr Gustav Godeffroy, in erster Linie das Fett ab. Doch alles Das ist in den Wind geredet; das Unfallversicherungsgesetz bleibt, es müßte denn wunderlich kommen, ein unvollendetes Bauwerk. Zuletzt befiel den Reichstag, wie den Nervenüberreizten die Schlaflosigkeit, seine gewöhnliche parlamentarische Krankheit: die Beschlußlosigkeit.

Außer Bismarck père ist auch Bismarck fils erkrankt. Graf Wilhelm leidet am Zipperlein, Fürst Otto an Krampfadern-Entzündung. Wie die Politik mit ihrem wechselnden Kriegstheater (bald an der Donau und auf dem Balkan, bald im Transvaal, bald in Afghanistan oder in Tunis) den Völkern unwillkürlich Spezialkurse in detaillirter Geographie ertheilt, so führt auch die Erkrankung hochstehender Politiker die Zeitungsleser in die Geheimnisse der Medizin ein. Was hat man nicht Alles über die Prostata, jene unappetitliche Unterleibsdrüse Napoleons III., was über die Zuckerkrankheit des Grafen Arnim zu lesen bekommen! Jetzt scheint es, sollen die Venen des Fürsten Bismarck eine ähnliche Rolle spielen. Krampfadern sind ein weitverbreitetes Uebel, von dem, außer den ohnehin so vielfach geplagten Frauen, namentlich solche Personen befallen werden, die viel stehen müssen. Die Venen am Fuße, d. h. jene Adern, die das Blut nach aufwärts, den Lungen und dem Herzen zuführen, erweitern sich, wenn der Rückfluß aus irgend einer Ursache gehemmt wird. An sich sind solche Krampfadern nicht gerade bedrohlich oder gefährlich, meist nur lästig. Ein elastisch schließender Strumpf genügt in den meisten Fällen, um das Fortschreiten der Erweiterung zu verhindern. Beim Fürsten Bismarck ist es erfreulicher Weise nicht zu einer Entzündung der Schlauchgewebe der Venen selbst gekommen und der Körperschmerz hat den Kanzler nicht abgehalten, zwei Besuche des ihm unsympathischen Fürsten Gortschakoff anzunehmen, wohl aber den Reichstag zu betreten, um für den Staatszuschuß zu den Unfallversicherungskassen sein mächtiges Wort erschallen zu lassen. So sieht man, wie die Pathologie in die Politik übergreift. Hoffentlich stellt sich nicht bei der 3. Lesung des Unfallgesetzes ein Rückfall in die Krampfadergeschwulst ein.

Wien hat wieder einmal seine Hetz'. Hat etwa die Verwenzelung der Prager Universität die Wiener Bevölkerung in solche Aufregung gesetzt? Nein, beim heiligen Nepomuk! Mit verhältnißmäßiger Ruhe nahm man es hin, daß die deutsche Hochschule des Böhmerlandes exschifirt wurde. Die Czechen haben sich durch diese Minderung der geistigen Bedeutung der Universität zu Prag ins eigene Fleisch geschnitten. Es ist ja nicht wahr, daß diese Hochschule nunmehr eine flamesische wurde, die beiden Nationalitäten gleiche Rechte gewährt. Die Czechen werden dominiren und das deutsche Element ist in den Genitiv gestellt. Aber wo bleibt die Wiener Hetz'? fragt der Leser. Nun, Wien stellte sich dieser Tage so, als wäre das 25jährige Bühnen-Jubiläum des Hofburgschauspielers Sonnenthal ein welterschütterndes Ereigniß. Es wird mit diesem Herrn eine Abgötterei getrieben, die ans Widerliche grenzt. In Wien würde man freilich gesteinigt, wollte man an der Größe Sonnenthal's zweifeln; besonders die jüdische Presse posaunt seit Jahren hinaus: Es giebt keinen anderen Menschendarsteller als unseren Genossen Adolph! Wer hinter diese aufgebauschte Reklame guckt, weiß zwar ganz genau, daß Sonnenthal ein feiner Repräsentant unseres modernen hohlen Salonlebens ist, aber einen deutschen Helden darzustellen, einen imposanten männlichen Charakter zu verkörpern, dazu mangelt ihm denn doch das Nöthigste. Und nun soll, wegen bloßer 25 Jahre Komödienspieles, der Wiener Magistrat ihm den Ehrenbürgerbrief ausstellen! Gegen die Jubilirkrankheit unserer Zeit sollte man viel mehr eifern, als gegen die Denkmalswuth; wir aber müssen heute dieses interessante Thema verlassen, um rasch noch einer Entgegnung des Vorstandes der Dresdner Fortschrittspartei, gegen eine Stelle unseres Blattes, die preßpolizeilich nöthige Stelle einzuräumen:

„Es ist unwahr, daß die Konservativen und Liberalen den Rechtsanwalt Dr. Schaffrath als gemeinsamen Candidaten für Altstadt-Dresden aufstellen wollten und daß die Fortschrittspartei dies angebliche Angebot ablehnte. Es ist unwahr, daß der „linke Flügel" der Fortschrittspartei sich gegen eine Candidatur Schaffrath's erklärt habe. Es ist endlich unwahr, daß Herr Dr. Schaffrath sich für die Verlängerung des Sozialistengesetzes ausgesprochen habe. Vielmehr hat der Ausschuß der deutschen Fortschrittspartei sofort in der Sitzung, in welcher er seine Abgeordneten zu den Compromißverhandlungen der drei sogenannten Ordnungsparteien wählte, dieselben dahin instruirt, die Herren Dr. Schaffrath, Bönisch und Walter als Reichstagscandidaten für Altstadt-Dresden in Vorschlag zu bringen. Das ist auch sofort in der ersten Sitzung der Compromiß-Delegirten geschehen. Inzwischen erklärte Herr Justizrath Dr. Schaffrath, demjenigen Parteigenossen, der vom Ausschuß der Fortschrittspartei beauftragt war, ihn um Annahme des Mandats zu ersuchen, definitiv und entschieden, daß seine Berufsgeschäfte ihm unter allen Umständen die Annahme eines Reichstagsmandates unmöglich machen. Das ward in der zweiten Sitzung der Compromiß-Delegirten fortschrittlicherseits angezeigt, als konservative Delegirte erklärten, sie wollten die Wahl des Herrn Dr. Schaffrath ihren eigenen Parteigenossen dann empfehlen, wenn derselbe sich zuvor verpflichte, für eine Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen zu wollen. Herr Justizrath Dr. Schaffrath, dem dies von fortschrittlichen Delegirten mitgetheilt wurde, erklärte denselben wiederholt, er nehme kein Mandat an, fügte aber hierbei ausdrücklich hinzu, daß es ihm nie beikommen könnte, sich einer solchen Bedingung, wie sie konservativerseits gefordert werde, zu unterwerfen. Dr. Franz Wigard, Emil Lehmann, Dr. Theodor Herrmann, in Stellvertretung: Dir. G. W. C. Schmidt, Abgeordnete zu den Compromißverhandlungen."

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 3. Juni.

Berlin. Präsident Ackermann hat in Gemeinschaft mit Freiherrn v. Hertling (Centrum) und Stumm (Reichspartei) zur dritten Lesung des Innungsgesetzes die Wiederaufnahme der wichtigen Bestimmung, wonach in gewissen, auf dem Gebiete des Lehrlingswesens segensreich thätig gewesenen Innungs-Bezirken die Aufsichtsbehörde Nichtinnungsmitgliedern das Halten von Lehrlingen untersagen kann, beantragt. Ohne diese Bestimmung verliert bekanntlich das ganze Innungsgesetz ganz bedeutend an Werth und steht zu hoffen, daß diesmal die Reichspartei geschlossen dafür stimmen wird, womit die Mehrheit gesichert wäre. — Ende dieses Monats kommt der König der Hawaii-Inseln Kalakaua I. auf seiner Reise durch die Welt nach Berlin. — In dem bekannten Gotteslästerungsprozeß gegen die „Berl. Wespen-Ztg." (in einem Weihnachtsartikel waren die Ochsen des Feldes in eine höchst anstößige Beziehung zur Geburt Christi gebracht worden) wurden heute der Redakteur des genannten Blattes Dr. Th. Konewka und der Verfasser des quest. Artikels Max Schönau zu je vier Wochen Gefängniß verurtheilt.

Paris. (Senat.) Waddington legte den Bericht der Kommission, welche Ablehnung der Wiederherstellung der Listenwahl beantragt, vor. Der Bericht weist auf die Gefahr der Listenwahl hin, welche einen irgendwelchen Prätendenten herbeiführen könne und welchem zu widerstehen die Kammer und der Senat gar nicht vermöchten, weil er der Erwählte der Nation wäre. Die Berathung findet Donnerstag statt.

London. Der von Hamburg nach Hull gehende Dampfer „Ulster" ging bei dichtem Nebel in der Nähe von Yarmouth unter. Alle Personen wurden gerettet.

Berliner Börse. Haltung: lustlos und ziemlich schwach. Course: weichend, Geschäft still; Motive: ungünstige Notirungen von den auswärtigen Plätzen und die Nähe der Feiertage. An der Spitze der weichenden Bewegung standen österreichische Eisenbahnen. Schluß fester. Creditaktien blieben 5, Franzosen 7, Lombarden 1 Mark niedriger. Ungarischer Credit 1 M. besser. Deutsche Bahnen mäßig schwächer, dagegen erfuhren österr., z. B. Galizier, Nordwest, Dux-Bodenbacher ꝛc. wesentliche Abstriche. Prioritäten fest und ziemlich gut getragt. Banken still und weichend, so Diskontogesellschaft um 2, Deutsche um 1 Proc. Deutsche Fonds fest, ruhig, fremde gut behauptet; Russen und Rumänier sogar fester. Bergwerke matter. Industrien meist behauptet.

Lokales und Sächsisches.

— Die Zeit heilt manche Wunden. So hat in den letzten Tagen S. M. der König Albert in Ems den Regierungspräsidenten v. Wurmb aus Wiesbaden, den bekannten Civil-Gouverneur des Königreichs Sachsen von 1866, mit einer Einladung zur königl. Tafel beehrt. Mit Herrn v. Wurmb speiste auch der Regierungspräsident von Reese aus Coblenz und der königl. Badekommissar von Ems, Kammerherr v. Lepel an der königlichen Tafel.

— Der Ortsrichter Karl Gottheli Bast in Dittelsdorf hat das allgemeine Ehrenzeichen erhalten.

— Dem Bundesrathe soll demnächst eine Vorlage wegen Einziehung der Reichskassenscheine zu 5 und 20 Mk. zugehen. Ob die Ersetzung derselben durch Kassenscheine zu 50 Mk. oder durch Silbermünzen erfolgen soll, darüber lauten die Angaben verschieden.

— Die Sozialisten Vahlteich und Fritzsche haben Deutschland und Europa Valet gesagt. Sie sind nach Amerika gegangen, um sich dort dauernd niederzulassen.

— In der gestrigen Kreisausschußsitzung unter Vorsitz des Herrn Kreishauptmanns v. Einsiedel war der letzte Verhandlungsgegenstand von allgemeinem Interesse, es handelte sich um die in Frage gekommene Entziehung der Theater-Concession Franz Joseph Neßmüller's. Letzterer war selbst erschienen und an seiner Seite Rechtsanwalt Richard Schanz. Der theatralischen Affaire letzte auch die theatralische Umrahmung nicht, denn Künstler des königl. Hof- und des Residenz-Theaters, wie andere den weitbedeutenden Bretern mehr oder minder nahestehende Zuhörer waren erschienen. Die circa dreistündige Verhandlung begann mit einer aktenmäßigen Darlegung des vorjährigen Neßmüller'schen Sommer- und Winter-Theaterfeldzugs (so muß man seinen fortwährenden Kampf gegen verschiedene Widerwärtigkeiten nennen) und wie es bei den vielen Klagen über die seitens Neßmüllers unberiedigt gelassenen Verbindlichkeiten seinen Schauspielern, Musikern und den Gewerbtreibenden gegenüber nicht habe ausbleiben können, der obigen Frage ernstlich nahe zu treten, wie man deshalb auch Gutachten von der Königl. Polizeidirektion, der Generaldirektion des Kgl. Hoftheaters und vom Stadtrath eingeholt habe, die alle, wie auch die seinerzeit vielbesprochene und bekannte Neßmüller'sche Ableistung des Offenbarungseides die volle finanzielle Unzuverlässigkeit dargethan hätten, worauf hin Direktor Neßmüller seitens der Amtshauptmannschaft darüber verständigt worden, daß eine Konzessionsentziehung ins Auge gefaßt werden müsse, weil sonst wieder verschiedene Leute in Nahrungsfall gebracht werden könnten — was den Direktor indessen nicht abgehalten habe, gleichsam hinter dem Rücken der Behörden alle Vorbereitungen zur Eröffnung des Sommertheaters zu treffen, wovon die Kreishauptmannschaft erst durch eine kürzliche Feuilletonnotiz der hiesigen Blätter Kenntniß erhalten und darauf hin die öffentliche Verhandlung anberaumt habe. Darnach ergriff Herr Direktor Neßmüller das Wort und legte mit Klarheit, gegen den Schluß seiner Rede bewegt, dar, daß Vieles von dem ihm Vorgeworfenen leider wahr, Vieles aber auch arg übertrieben sei; er habe in Ruhestand bleiben müssen, eben weil er keine Einnahmen gehabt habe und bezüglich der unglücklichen Theater-Aera im Erlanon entrollt er das Bild traurigsten Direktoren- und Künstler-Daseins. Mit Ziffern und auf seine Bücher gestützt, belegt er, daß er von den etwas über 14,000 Mk. Gesammteinnahme 12,916 Mk. an seine Mitglieder, wenn auch oft rate einzeln, aber doch bezahlt und außerdem aus einem im Jahre 1879 im Großen Garten gewonnenen Ueberschuß über 3000 Mk. Tageskosten und noch Mehreres bezahlt habe. Die Zeugnisse verschiedener seiner Schauspieler bezeichnet er als gemeinen Motiven entsprungen. Die Schmäh-Artikel des „Sklirs" hätten sein Renommé aber am Meisten erschüttert und das Unglück sei von da an von allen Enden hereingebrochen. Seine Bücher stünden Jedermann offen und sie bewiesen, daß nicht böser Wille ihn am Zahlen gehindert hätten, wie ihm so vielseitig schwer vorgeworfen worden sei, sondern einfach — die Unmöglichkeit. Er hoffe aber zuversichtlich, daß, wenn man ihn weiter arbeiten lasse, er sich auch wieder herausarbeiten werde, wie früher, wo er stets allen seinen Verpflichtungen habe gerecht werden können — freilich kann er seine Solvenz in Zukunft auch nur auf Glück stellen. Er schließt mit dem Hinweis auf sein Alter, mit 63 Jahren könne man nicht in die Welt hinauslaufen und von Neuem beginnen; man solle ihm die Konzession belassen, sie sei der letzte Anker, an den er sich halte und mit Gottes Hilfe werde er bestehen. Herr Rechtsanwalt Schanz sucht an der Hand der Gesetzes-Paragraphen nachzuweisen, daß nichts vorliege, was zu einer Concessions-Entziehung berechtige und bestätigt im Uebrigen fast alle Angaben Neßmüller's; er habe im Vertrauen darauf, daß ihm die Concession nicht entzogen werde, bereits ein Personal engagirt, auch Pächter in Aussicht und man brächte die engagirten Leute in größere finanzielle Verlegenheit, wenn man ihn nicht anfangen lasse, als wenn er spielen dürfe, selbst wenn dann die Mitglieder hier und da einmal mit der Gage warten müßten. Die schließliche Entscheidung des Kreisausschusses lautete auf Entziehung der Concession. Gleichzeitig ward aber kreishauptmannschaftlich den Anwesenden mitgetheilt, daß Dir. Neßmüller, wenn er Recurs gegen den Entscheid einwende, bis zur Eröffnung der ministeriellen Beschlußfassung unbeanstandet im Sommertheater spielen könne. — Vor dieser Verhandlung wurde an 2 hiesige und eine Hebamme in Niederhäslich Concession zu Privat-Entbindungs-Anstalten ertheilt, sodann in 12 streitigen Unterstützungs-Wohnsitzsachen erkannt, sowie an die Gasthofsbesitzer Günzel („Steiger" im Pl. Grunde), Polkner in Niederhäslich, Klotzsche in Lockwitz, Demnitz in Loschwitz und Bergander in Niederlößnitz (Weintraube) Concession zum Tanzen lassen an Sonntagen während der Sommerzeit ertheilt und einige unwesentliche Bezirks-Grenz-Veränderungen verhandelt.

— Ueber die Nichteröffnung der Pferdebahnlinien ist man in der Bürgerschaft betroffen genug und ausnahmslos hört man nur Mißbilligung, wie diese Sache zugespitzt ward. In jedem Geschäft gönnt man Dem einen Gewinn, der den Muth einer Unternehmung gehabt hat. Daß dieser Gewinn bei Pferdebahnunternehmen nicht in den Himmel wächst, lehren Berlin und Wien, beides weit größere Strecken wie Dresden. Wie wir mit der ersten hiesigen Continentalbahn gefahren sind, wie schwerfällig die Wagen, wie abgetrieben die Pferde, wie mangelhaft die Geleise waren, die nicht selten den Privatverkehr auf der Prager- und Pillnitzerstraße schwer behrohten — das ist noch wohl erinnerlich. Und von 1872 bis 1880 hat jene Gesellschaft keinen Meter neue Linie zu bauen riskirt. Da tritt die englische Gesellschaft ein mit großem Kapital (das sich nach solchen Vorgängen wie jüngst im Stadtverordnetensaal wohl etwas vorsichtig zurückhalten wird, wenn es einmal wieder eine neue Anlage in Deutschland gilt!) und regenerirte die alte Strecke vollständig, schaffte neue Wagen und pachtete von der alten Continentalgesellschaft auf 40 Jahre die Dresdner vorhandenen Linien gegen eine Verzinsung von 2½, bis nach fünf Jahren von 6 Proc. Was bliebe nun den Kapitalisten, die hinter Herrn Parrish stehen, wenn sie nun auch noch der Stadt Linien zahlen sollten? Gewerbesteuer zahlen sie ohnehin, wie es billig ist, sehr hoch; die Instandhaltung der Strecken ist ebenfalls sehr kostspielig. Und trotzdem Herr Parrish die Brücke auf eigene Kosten gepflastert hat und zwar sehr solide, und sie 40 Jahre in allen Fällen in Stand zu halten hat, lediglich auf seine Kosten, willigt er in einen Brückenzoll, den der Omnibusverein, der nicht die Brücke gebaut und in Stand gehalten hat, nie so hoch gezahlt hat. Damit sollte es aber genug sein, mehr ist nicht zu verlangen, denn die Bahn nützt doch auch der Stadt und der Bürgerschaft. Was ist seit den 8 Bahnjahren aus der Pillnitzerstraße geworden mittelst der Bahn, während die früher so freuente Ziegelstraße unentwickelt blieb. Neustadt und Altstadt werden gleichsam eins durch die Bahn und der Häuserwerth wird bald zeigen, zu wessen Vortheil. Jetzt stehen die Pferdebahn-Aktien in Wien und Berlin (große) 220 und 211 bei 9 Proc. Dividende. Aber Berlin-